

Akkreditierung der Studiengänge Politikwissenschaft Politikwissenschaft Bachelor (Vf, Pf, Kf) und Master of Education (M.Ed) (FB 08)

Die Studiengänge werden mit einer Auflage bis zum 30.09.2026 akkreditiert: Einzelne Inhalte der „Ländergemeinsamen inhaltlichen Anforderungen für die Fachwissenschaften und Fachdidaktiken in der Lehrerbildung“ der Kultusministerkonferenz für die Lehramtsausbildung sind noch nicht hinreichend abgebildet. Das Curriculum und die zugehörigen Modulbeschreibungen müssen bis zum 31.03.2020 entsprechend ergänzt werden. Es sollte dabei den inhaltlichen Empfehlung der Gutachtenden gefolgt werden.

Die Empfehlungen der Gutachtenden werden vom Fachbereich im Rahmen der Weiterentwicklung des Studiengangs geprüft und ggf. umgesetzt und sind Bestandteil des jährlichen Qualitätsberichts und ggf. der QM-Gespräche mit dem Konrektor für Lehre und Studium.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Zusammenfassende Stellungnahme zu den Studiengängen Politikwissenschaft Bachelor (Vf, Pf, Kf), Master of Education (M.Ed)

erstellt durch: Referat Lehre und Studium (13-5)

Studiengangsverantwortliche

Prof. Dr. Andreas Klee

Studieninhalte

Bachelor

Der Bachelorstudiengang Politikwissenschaft wurde zum Wintersemester 2003/04 am Fachbereich 08 (Sozialwissenschaften) der Universität Bremen unter Federführung des Instituts für Politikwissenschaft (IPW) eingerichtet. Seit dem WS 2005/06 lässt er sich nicht nur als Vollfach, sondern im Rahmen eines Zwei-Fächer-Bachelors (als Haupt- bzw. Profulfach oder als Neben- bzw. Komplementärfach) studieren. Als Vollfach wurde der BA Politikwissenschaft letztmals im Juni 2011 durch die Akkreditierungsagentur ACQUIN (re-)akkreditiert; als Zwei-Fächer-BA letztmals im September 2012, ebenfalls durch ACQUIN.

Die drei politikwissenschaftlichen BA-Studiengänge (Vollfach, Profulfach, Komplementärfach) dienen alle in unterschiedlicher Dichte und Vertiefung dazu, den Studierenden eine inhaltlich ausgewogene, fundierte Ausbildung im Fach Politikwissenschaft zu ermöglichen. In allen dreien spielen die universitären Ziele des forschenden Lernens, der Berufsorientierung und der Internationalisierung eine wichtige Rolle.

Die BA-Studiengänge sind eingebunden in eine umfassende universitäre Ausbildungsstruktur, die es ermöglicht, nach dem Studienabschluss verschiedene, politikwissenschaftlich geprägte MA-Studiengänge zu studieren (insb. MA Politikwissenschaft, MA Sozialpolitik, MA International Relations). Für besonders forschungsorientierte Studierende gibt es schließlich perspektivisch auch die Option, an der Bremen International School of Social Sciences (BIGSSS) in einem strukturierten Programm zu promovieren. Das forschungsstarke sozialwissenschaftliche Umfeld an der Universität Bremen (z. B. der 2018 begonnene Sfb 1342 „Globale Entwicklungsdynamiken von Sozialpolitik“) macht es möglich, Studierende bereits früh mit universitärer Forschung in Berührung zu bringen und so das Humboldt'sche Ideal der Verkopplung von Forschung und Lehre zu realisieren.

Die Ziele, die mit dem BA Politikwissenschaft verfolgt werden, haben sich seit der Einrichtung des Studiengangs im Wintersemester 2003/04 nicht wesentlich verändert. Nach wie vor setzt sich der BA Politikwissenschaft zum Ziel, den Studierenden zu einer breiten politikwissenschaftlichen Grundqualifikation zu verhelfen, die zugleich erste, begrenzte Spezialisierungsmöglichkeiten und interdisziplinäre Elemente einschließt. Weiterhin werden als integraler Bestandteil dieser Grundqualifikation fundierte Kenntnisse im Bereich der sozialwissenschaftlichen Forschungsmethoden angesehen. Unverändert ist auch die Zielsetzung, den Studierenden eine berufsqualifizierende Ausbildung zu bieten. Dies wird einerseits implementiert durch die Möglichkeit, im Rahmen der sog. General Studies berufsnahe Kompetenzen und Fertigkeiten sowie Schlüsselkompetenzen zu erwerben, die die Absolventen dazu befähigen, am Arbeitsmarkt für Sozialwissenschaftler erfolgreich zu sein. Andererseits soll ein zweimonatiges Pflichtpraktikum dabei helfen, den Studierenden dank erster Erfahrungen und Kontakte den Einstieg in die Arbeitswelt zu erleichtern. Der Studiengang sollte und soll des Weiteren klar und transparent strukturiert sein und den Studierenden durch einen zentralen Pflichtbereich für ihr Studium eine gute und verbindliche Orientierung geben, wobei allerdings umfangreiche Wahlmöglichkeiten bestehen. Damit soll auch ein Beitrag zu dem Ziel geleistet werden, die Ausbildungsziele schneller zu erreichen und kürzere Studienzeiten zur Regel werden

zu lassen. Schließlich sollte und soll der Studiengang in seiner Ausrichtung und Qualität international anschlussfähig sein.

Lehramt

Bachelor

Der B. A. Politikwissenschaft im Lehramt orientiert sich in seiner gesamten Ausrichtung an der etablierten Gesamtstruktur der Lehramtsausbildung an der Universität Bremen. Diese Struktur wurde gemeinsam mit allen lehramtsausbildenden Fachbereichen und Instituten entwickelt und wird durch das Zentrum für Lehrer*innenbildung und Bildungsforschung (ZfLB) organisiert sowie durch Verfahren des Qualitätsmanagements des ZfLB begleitet. Diese allgemeinen Strukturentscheidungen definieren alle maßgeblichen Fixpunkte der Studienorganisation, wie zum Beispiel Umfang der fachdidaktischen und fachwissenschaftlichen Studienanteile, Lage der Module im Studienverlauf und die Organisation der vorhandenen Praxisanteile. Durch diese zentralen Rahmenvorgaben gelingt es, die Studierbarkeit der Lehramtsstudiengänge abzusichern sowie eine gemeinsame, praxisorientierte und dem Leitbild der „reflektierten Praktiker*in“ verpflichtete Philosophie der Lehramtsausbildung an der Universität Bremen zu realisieren.

Im lehrerbildenden Curriculum der Universität Bremen haben schulpraktische Studien einen hohen Stellenwert. Bereits im Bachelorstudium sind schulische Praktika in unterschiedlicher Länge als zentrale Bestandteile des Studiums integriert. Die schulpraktischen Studien dienen der Erkundung des späteren Berufsfeldes und damit einer Reflexion der Berufseignung und -neigung. Gleichmaßen dienen sie dem theoretisch reflektierten Erproben von Praxis. Anders als später im Vorbereitungsdienst liegt der Fokus auf der Reflexion der Erfahrungen, dem Überprüfen der eigenen subjektiven Theorien und der Anbindung an die im Studium erworbenen Theoriekenntnisse im Sinne eines forschenden Lernens.

Die praxisorientierten Elemente (POE, Modul Pol-FD2) werden von der Fachdidaktik Politik gestaltet und sind entsprechend auf den curricularen Aufbau zugeschnitten. Sie finden im dritten Studienjahr statt. Damit wird sichergestellt, dass die praxisorientierten Elemente in die dazugehörigen fachdidaktischen Module eingebunden werden und somit die Theorie-Praxis-Verzahnung gewährleistet ist. In der Begleitveranstaltung zu den praxisorientierten Elementen werden fachdidaktische und methodische Kenntnisse zur Unterrichtsplanung und -gestaltung erworben und diese dann während einer kurzen Praxisphase angewendet und erprobt.

Die Ziele, die mit dem B. A. Politikwissenschaft verfolgt werden, haben sich seit der Einrichtung des Studiengangs im Wintersemester 2003/04 nicht wesentlich verändert. Nach wie vor setzt sich der B. A. Politikwissenschaft (Lehramt) zum Ziel, den Studierenden zu einer breiten politikwissenschaftlichen Grundqualifikation zu verhelfen, die zugleich erste, begrenzte Spezialisierungsmöglichkeiten und interdisziplinäre Elemente einschließt. Unverändert ist auch die Zielsetzung, den Studierenden eine berufsqualifizierende Ausbildung zu bieten. Dies wird implementiert durch die Möglichkeit, im Rahmen der fachdidaktischen Module im Erstfach sowie der politikdidaktischen und erziehungswissenschaftlichen Module lehramtsnahe Kompetenzen und Fertigkeiten zu erwerben, die die Absolventen dazu befähigen, den aufbauenden Master of Education erfolgreich zu absolvieren und ihnen zudem die Möglichkeit gibt, ihre Berufswahlentscheidung im Hinblick auf erste Erfahrungen in der schulischen Praxis (Orientierungspraktikum, Erziehungswissenschaften/Praxisorientierte Elemente in beiden Studienfächern) zu reflektieren.

Master

Studierende des B. A. Politikwissenschaft mit Berufsziel Lehrer bzw. Lehrerin (Gymnasium/Oberschule) setzen nach Abschluss ihres Studiums ihre Ausbildung mit dem Master of Education fort. Der Übergang vom B. A. Politikwissenschaft HF/NF mit schulischem Berufsziel zum symmetrischen Zwei-Fächer-

Bachelorstudiengang mit Lehramtsoption („Equal-Struktur“) brachte Konsequenzen auch für den Aufbau des Master of Education mit sich, die im Zuge der Neukonzeption berücksichtigt werden mussten. Insbesondere entfiel die Funktion, das Nebenfach des Bachelorstudiums gleichsam nachträglich auf das Niveau eines Hauptfachs zu heben. Weil beide Fächer im Bachelor gleichgewichtig studiert werden, ist auch der Master of Education im Hinblick auf die Vertiefung der fachwissenschaftlichen Ausbildung symmetrisch angelegt. In beiden Fächern sind weitere Module im Umfang von 12 CP zu belegen. Im M. Ed. Politik (Gymnasium/Oberschule) absolvieren die Studierenden zwei (weitere) Wahlpflichtmodule im Umfang von jeweils 6 CP, d. h. sie wählen zwei Wahlpflichtmodule aus, wobei eine Wiederholung des Moduls, das sie bereits in der Bachelorphase belegt haben, ausgeschlossen ist. Die Konzeption des Master of Education reagiert aber nicht nur auf diese strukturellen Implikationen des Equal-Modells, sondern auch auf die sich wandelnden schulischen Praxisbedingungen, die sozialwissenschaftliche Lernbereiche (Politik, Geschichte, Ökonomie, Geographie) zunehmend integrieren. Mit dem Modul Pol-FD3, das die Studierenden im ersten Semester belegen, werden die Chancen und Grenzen fächerverbindenden Unterrichts in den Sozialwissenschaften ausgelotet und mit Blick auf die Unterrichtspraxis reflektiert. Dieses Modul dient damit zugleich der Vorbereitung auf das folgende Praxissemester (Pol-FD4). Im Praxissemester liegt der Schwerpunkt auf der Begleitung und Reflexion des ersten eigenverantwortlichen Unterrichts der Studierenden. Die Ausbildung kann danach optional (die Masterarbeit kann sowohl in Erziehungswissenschaften als auch in einem der beiden Studienfächer geschrieben werden) im Abschlussmodul Pol-FD5 im Bereich der Politikdidaktik fortgeführt werden. Im Fokus steht hier die forschende Auseinandersetzung mit Lehr- und Lernprozessen. Der Master of Education (M. Ed.) ist das weiterführende Studium für Bachelorabsolvent*innen, die Lehrer*in an öffentlichen Schulen werden möchten. Das M. Ed.-Studium dauert vier Semester. Der Abschluss eines M. Ed.-Studiums an der Universität Bremen berechtigt in Bremen und in anderen Bundesländern zum Übergang in das Referendariat an öffentlichen Schulen. Zur Qualifizierung für den Unterricht an öffentlichen Schulen schließt dieses 18-monatiges Referendariat mit dem zweiten Staatsexamen ab. Mit dem M. Ed. erwerben die Absolvent*innen überdies die wissenschaftliche Voraussetzung zur Promotion in einem der studierten Fächer (Fachdidaktik/Fachwissenschaft und Erziehungswissenschaft).

Wesentliche Änderungen seit der letzten Akkreditierung:

Vollfach

Der BA Politikwissenschaft (VF) wurde zum letzten Mal im Juni 2011 durch die Akkreditierungsagentur ACQUIN (re-)akkreditiert. Seither wurden einige Änderungen am Studiengang vorgenommen. Keine davon kann als tiefgreifend bezeichnet werden und auch in der Summe haben sie den Charakter des Studiengangs u. E. nicht verändert.

Manche Änderungen waren eher marginaler Natur. So wurde das zweimonatige Pflichtpraktikum 2010 (noch vor Abschluss des Akkreditierungsverfahrens) von 10 auf 12 CP aufgewertet, um dem damit verbundenen workload besser Rechnung zu tragen. Gleichzeitig wurde eine weitere kleine Änderung vorgenommen, die durch einen externen Anstoß veranlasst wurde. Die Module „Einführung in die Politikfeldanalyse“ (Pol-M5, 6 CP) (bisher 1. Semester) und „Einführung in die Vergleichende Politikwissenschaft“ (Pol-M6, 9 CP) (bisher 3. Semester) tauschten ihre Plätze im Studienplan. Diese Permutation im Pflichtbereich diente zumindest auch dem Zweck, eine Verlagerung von SWS im Studienplan auszugleichen, die aus einer Reform der Methodenausbildung in der Soziologie resultierte. Diese betraf den BA Politikwissenschaft direkt, da dieser seine Pflichtmodule im Bereich der empirischen Sozialforschung und der Statistik aus der Soziologie importiert. (Hier waren die jeweils mit 9 CP bewerteten Module „Einführung in die empirische Sozialwissenschaft“ (Soz-E1), „Statistik I“ (Soz-St1) und „Statistik II“ (Soz-St2) durch die beiden jeweils mit

12 CP bewerteten Module „Statistik/Methoden I“ (Soz-StM1) und „Statistik/Methoden II“ (Soz-StM2) ersetzt worden, was mit einer Verschiebung des Beginns der Methodenausbildung vom ersten ins zweite Semester einherging.)

Von größerer Bedeutung war eine dritte Veränderung, die ebenfalls im Zuge der Neufassung der Prüfungsordnung 2010 vorgenommen wurde und die man als eine „Deregulierung“ des Wahlpflichtbereichs bezeichnen könnte. Bis zu diesem Zeitpunkt waren die fünf Module des Wahlpflichtbereichs jeweils aus zwei Teilen mit eigenen inhaltlichen Schwerpunkten zusammengesetzt, die von den Studierenden abgedeckt werden mussten. Zum Beispiel gehörten zu dem Modul „Internationale Politik“ (Pol-M11) die Teile „Internationales Politikfeld“ und „Global Governance“. In der Praxis hatte es sich jedoch häufig als schwierig erwiesen, von Lehrenden angebotene Seminare, die eindeutig zu einem Modul gehörten, ebenso eindeutig auch einem der beiden Teile zuzuordnen. (Gehörte ein Seminar über Umweltregime zum Teil 1 oder zum Teil 2 von Pol-M11?) Man hätte sich mit Doppelzuweisungen behelfen können, aber (auch) solche Entscheidungen wären häufig als willkürlich empfunden worden. Der Lösungsvorschlag, der schließlich in der Studienkommission erarbeitet und vom Institutsrat angenommen wurde, sah vor, die Unterscheidung von inhaltlich definierten Modulteilern im Wahlpflichtbereich aufzugeben und lediglich zu verlangen, dass Studierende, die ein Modul aus diesem Bereich belegen, zwei dem Modul zugewiesene Seminare besuchen und in einem davon eine „mittlere“ (3 CP) und im anderen eine „größere“ (6 CP) (Teil-)Prüfung absolvieren. Diese Vereinfachung und Flexibilisierung des Wahlpflichtbereichs hat seither Bestand und wurde auch nie mehr in Frage gestellt.

Im Unterschied dazu wurde im Hinblick auf das (Pflicht-)Modul „Politik, Recht und Wirtschaft“ (Pol-M7), das aus zwei Vorlesungen („Politik und Recht“, „Politik und Wirtschaft“) besteht, seit der letzten Akkreditierung des Studiengangs mit verschiedenen, unterschiedlich begründeten Optimierungen experimentiert. Im Zuge einer kleinen Studienreform wurde 2012 den Studierenden die Möglichkeit eingeräumt, je nach Vorkenntnissen und Interessen eigene Schwerpunkte in dem Modul zu setzen. Konkret bedeutete dies, dass an die Stelle der bis dahin vorgesehenen einheitlichen Modulprüfung zwei Teilprüfungen unterschiedlichen Umfangs traten, durch die 3 oder 6 CP erworben werden konnten, und die Studierenden fortan individuell entscheiden konnten, in welcher Vorlesung und folglich zu welchem Stoffgebiet sie die aufwendigere und stärker gewichtete Prüfung absolvieren wollten. In der Folgezeit zeigte sich jedoch, dass diese Differenzierung mit erheblichen administrativen Mehrbelastungen einherging, sodass in einer weiteren Reform 2014 die Wahlmöglichkeit wieder aufgehoben werden musste und der Umfang der beiden Teilprüfungen angeglichen wurde (beide wurden fortan mit 4,5 CP bewertet). Dies entsprach überdies der Einschätzung des Instituts, dass beide Nachbardisziplinen gleich wichtig für die Politikwissenschaft sind.

Eine fünfte und letzte Änderung bezog sich auf die Voraussetzungen und Grundlagen politikwissenschaftlichen Arbeitens. Die Mitglieder des Instituts für Politikwissenschaft (inkl. der meisten Studierenden) sind sich darin einig, dass gute englische Sprachkenntnisse für ein politikwissenschaftliches Studium unabdingbar sind. Dementsprechend machen viele Lehrveranstaltungen im BA Politikwissenschaft ausgiebig von englischsprachiger Pflichtlektüre Gebrauch. Aus der Perspektive des Instituts bedeutete dies seit jeher auch, dass in der Immatrikulationsordnung, spätestens aber in der Prüfungsordnung ein Nachweis angemessener englischer Sprachkenntnisse zu verankern war – und wäre es nur als Signal an Studieninteressierte, dass sie für das Studium der Politikwissenschaft an der Universität Bremen gute Englischkenntnisse benötigen oder bereit sein müssen, diese rasch zu erwerben. Es erwies sich aber als schwierig, den bestmöglichen Ort und die bestmögliche Form für diesen Nachweis zu finden. So kam es auch in diesem Zusammenhang zu einer Erprobung unterschiedlicher Lösungsansätze.

Zur Zeit der letzten Akkreditierung des BA Politikwissenschaft (VF) war ein Nachweis von Englischkenntnissen auf B2-Niveau an die Anmeldung zur Prüfung im Modul „Einführung in die internationalen Beziehungen“ (Pol-M3), das der Studienplan für das 3. Semester vorsieht, gekoppelt. Diese Lösung hatte jedoch keinen Bestand, da bald darauf im Zuge einer allgemeinen Reform der Bachelor- und Masterausbildung an der Universität Bremen Prüfungsvorleistungen (d. h. Leistungen, die zu erbringen sind, bevor die Anmeldung zu einer Modulprüfung möglich ist) abgeschafft wurden und der B2-Nachweis in den politikwissenschaftlichen Bachelorstudiengängen als eine solche nunmehr unzulässige Vorleistung eingestuft wurde. Außerdem hatte es schon länger die Kritik gegeben, dass der (ohnehin nicht allzu anspruchsvolle) B2-Nachweis im dritten Semester eigentlich zu spät komme. Daraus entstand die Idee, den B2-Nachweis als unbenoteten, mit 3 CP bewertete Studienleistung in das Modul „Einführung in das politikwissenschaftliche Arbeiten“ (Pol-M8) zu integrieren, dessen Besuch für das erste Semester vorgesehen ist. Diese Idee wurde im Zuge einer Neufassung der Prüfungsordnung im Oktober 2012 verwirklicht. Die Unzufriedenheit mit der Regelung des Nachweises ausreichender Englischkenntnisse hielt jedoch an und die 2012 gefundene Lösung schaffte neue Angriffsflächen: So wurde argumentiert, dass sie einer gerichtlichen Prüfung nicht standhalten würde, weil sie darauf hinauslaufe, eine Studienleistung innerhalb eines Moduls kostenpflichtig zu externalisieren. (Das Fremdsprachenzentrum der Universität erhebt für die Abnahme des Sprachtests eine Gebühr.)

Nach längerer Diskussion auf dem Dies Academicus, in der Studienkommission und im Institutsrat wurde daher 2014 eine erneute Reform beschlossen und in der Prüfungsordnung verankert, die seither Bestand hat. Die Studierenden haben seither zwei Möglichkeiten, den geforderten Nachweis ausreichender englischer Sprachkenntnisse zu erbringen. Sie können entweder ein englischsprachiges Seminar im Wahlpflichtbereich besuchen und dabei (in englischer Sprache) eine Prüfungsleistung erbringen oder spätestens bei der Anmeldung der Bachelorarbeit einen (durch einen zertifizierten Test erworbenen) Sprachnachweis auf B2-Niveau vorlegen. Auf diese Weise ist niemand mehr gezwungen, die Kosten für einen Fremdsprachentest aufzubringen – ohne dass diese Option denjenigen verloren geht, die sie gegenüber dem „praktischen“ Nachweis ausreichender Englischkenntnisse im Rahmen einer Lehrveranstaltung bevorzugen. (Im Zuge der Ausgliederung des Englischnachweises wurde Pol-M8 wieder auf den status quo ante zurückgeführt, d. h. es wird seither wieder mit 6 statt mit 9 CP bewertet.)

Komplementär- und Profulfach

Der Zwei-Fächer-Bachelor Politikwissenschaft, bei dem Politikwissenschaft entweder als Profulfach (Hauptfach) oder als Komplementärfach (Nebenfach) studiert werden kann, wurde im September 2012 (ebenfalls durch ACQUIN) akkreditiert. Wie beim Vollfach kam es bei diesen beiden Studiengängen seither zu keinen tiefgreifenden Änderungen im Curriculum oder bei den Verfahrensweisen. Die meisten Reformen vollzogen außerdem lediglich Änderungen nach oder mit, die beim Vollfach vorgenommen und oben geschrieben wurden. Das betrifft etwa (beim Profulfach) den Nachweis von ausreichenden englischen Sprachkenntnissen und im Zusammenhang damit die Ausgestaltung des Moduls „Einführung in das politikwissenschaftliche Arbeiten“ (Pol-M8). Ein anderer Weg als beim Vollfach wurde in dem Modul „Politik, Recht und Wirtschaft“ (Pol-M7) beschritten, wo die einheitliche Modulprüfung (9 CP) durch zwei gleichwertige Teilprüfungen (je 3 CP) ersetzt wurde, um auf diese Weise die (zeitweilige) Aufwertung von Pol-M8 von 6 auf 9 CP zu kompensieren. Eine weitere Änderung betraf die Abschaffung von starren Abfolgen beim Beleg von Modulen.

Für das kommende Wintersemester plant das Institut für Politikwissenschaft (IPW) eine weitere Reform der Bachelorstudiengänge, deren wichtigste Elemente im Folgenden kurz beschrieben werden:

Derzeit ist der Besuch von Übungen im Modul „Einführung in die vergleichende Politikwissenschaft“ (Pol-M6) nur für Studierende im Vollfach obligatorisch (und de facto auch nur diesen möglich). Künftig wird diese Verpflichtung (und Erlaubnis) auf alle Studierenden ausgedehnt, die die Vorlesung im Rahmen ihres Studiums belegen müssen, insbesondere wird sie auch für die Studierenden im Profilmfach gelten. Diese hatten sich (nachvollziehbarerweise) immer wieder darüber beklagt, dass ihnen im Verhältnis zu den Vollfachstudierenden Nachteile entstünden, weil der Besuch der Übung die Chance auf eine gute Note in der Abschlussklausur der Vorlesung erhöhe.

Gemäß den aktuellen Prüfungsordnungen gehört zum Pflichtbereich beider Zwei-Fächer-Bachelorstudiengänge (PF/KF) das Modul „Politik, Recht und Wirtschaft“ in einer verminderten, mit 6 CP bewerteten Form (Pol-M7a). Entsprechend ist für Profil- und Komplementärfachstudierende der Umfang der beiden Klausuren etwas vermindert. Dies bringt nicht nur Komplikationen im Prüfungsablauf mit sich, sondern hat auch zu wiederkehrenden Meinungsverschiedenheiten zwischen Lehrenden und Studierenden darüber geführt, ob dies dem tatsächlichen workload gerecht wird. Das Institut beabsichtigt daher, die kleinere Modulform zu streichen und „Politik, Recht und Wirtschaft“ nur noch für die Vollfachstudierenden verbindlich zu machen. Damit nimmt es zugleich den von Profil- und Komplementärfachstudierenden immer wieder geäußerten Wunsch auf, durch eine Reduktion des Pflichtbereichs mehr Wahlfreiheit bei der Studiengestaltung zu erhalten.

Lehramt

Zum Wintersemester 2019/20 setzt das Institut für Politikwissenschaft eine Anforderung des Landes Bremen um und erweitert den B.A.-Studiengang Politikwissenschaft auf Lehramtsoption um die Inhaltsfelder „Arbeit“, „Wirtschaft“ und „Berufsorientierung“. Durch diese Erweiterung wird der Studiengang insgesamt überarbeitet.

Das Studienfach „Politikwissenschaft“ erhält im Rahmen der lehrerbildenden Studiengänge zum Erwerb des Lehramtes an Gymnasien/Oberschulen (B. A. und M. Ed.) künftig das Fachprofil „Politik-Arbeit-Wirtschaft“. Das Studienfach „Politikwissenschaft“ in den nicht-schulischen sowie in den berufsbildenden Lehramtsstudiengängen ist von dieser (Titel-)Änderung ausgenommen.

Mit der Erweiterung des bestehenden Faches „Politikwissenschaft“ zu „Politik-Arbeit-Wirtschaft“ wird dem Anliegen des Landes Bremen entsprochen, welches im Wissenschaftsplan 2020 die Anforderung formulierte, dass „Arbeits-, Berufs- und Studienorientierung [...] wichtige Anforderungen an die allgemeinbildenden Lehrämter [sind]. Dazu muss eine geeignete Ausbildungsstruktur [...] eingeführt werden.“

Die inhaltliche Konzeption des Studienfachs „Politik-Arbeit-Wirtschaft“ folgt den, durch die KMK formulierten „Ländergemeinsamen inhaltlichen Anforderungen für die Fachwissenschaften und Fachdidaktiken in der Lehrerbildung“ für das Fachprofil „Sozialkunde/Politik/Wirtschaft“. Die KMK weist dabei explizit auf die Sonderstellung dieses Fachprofils hin und leitet hieraus nach-stehende Konsequenzen für die inhaltliche Strukturierung entsprechender Studienfächer ab:

„Aus den unterschiedlichen Bezeichnungen [der Schulfächer, Anm. d. V.] ist ersichtlich, dass die Anteile der beteiligten wissenschaftlichen Disziplinen je nach Einbettung in den Fächerkanon der Schulen von Land zu Land variieren. Die Länder können dementsprechend für das Studium fachwissenschaftliche Schwerpunktsetzungen vornehmen (z. B. Wirtschaftspolitik als Teil der Politikwissenschaft).“ (Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 16.10.2008 i. d. F. vom 11.10.2018).

Das Studienfach „Politik-Arbeit-Wirtschaft“ an der Universität Bremen setzt seinen fachwissenschaftlichen Schwerpunkt in der Politikwissenschaft und ergänzt diesen durch eine, im Hinblick auf das angestrebte

Kompetenzprofil der Studierenden getroffene Auswahl der im Fachprofil der KMK festgelegten fachwissenschaftlichen Beiträge der Soziologie und der Wirtschaftswissenschaften. Diese sind:

Beiträge der Soziologie:

- Institutionen, Funktionsweisen und Probleme des Gesellschaftssystems
- Steuerung sozialer Prozesse, Sozialpolitik, Systeme der sozialen Sicherheit

Beiträge der Wirtschaftswissenschaften:

- Wirtschaftliches Handeln im Privathaushalt
- Arbeitswelt: Arbeitsmarkt und Arbeitsrecht, Exklusion und Inklusion am Arbeitsmarkt
- Institutionen, Funktionsweisen und Probleme des Wirtschaftssystems, soziale Marktwirtschaft
- Verständnis zentraler theoretischer und analytischer Kategorien und Begrifflichkeiten der Wirtschaftswissenschaften und der ökonomischen Theorie der Politik
- Fähigkeit zur Anwendung wirtschaftswissenschaftlicher Theorien und Konzepte im Rahmen politikwissenschaftlicher Analysen;
- Grundzüge der Mikro- und Makroökonomie, zentrale Begrifflichkeiten und Theorien der Volkswirtschaftslehre und Politischen Ökonomie

Diese fachwissenschaftlichen Beiträge der Soziologie und der Wirtschaftswissenschaften werden sowohl durch ein um 3 CP aufgewertetes Modul aus der politikwissenschaftlichen Vollfach-Ausbildung (Pol-M7 „Politik, Recht und Wirtschaft“) als auch durch zwei spezifisch für den Studiengang neu entwickelte fachwissenschaftliche Module im Umfang von 12 CP (Pol-Ar-Wi-BO im B.A. sowie Pol-Ar-Wi-AW im M. Ed.) abgedeckt. Alle fachdidaktischen Module werden inhaltlich überarbeitet.

Die bisherige Lehramtsausbildung im Fach „Politikwissenschaft“ an der Universität Bremen wird durch die Erweiterung um die Fachperspektiven „Arbeit/Wirtschaft/Berufsorientierung“ gestärkt. In den neben Bremen relevanten „Aufnahmeländern“ der Master of Education-Absolventen bzw. -Absolventinnen der Universität Bremen ist Politik nur noch als sogenanntes „Bindestrichfach“ (zum Beispiel: Niedersachsen – Schulfachbezeichnung: „Politik-Wirtschaft“, Hamburg – Schulfachbezeichnung: „Politik/Gesellschaft/Wirtschaft“) vorhanden. In Bremen selbst deutet zwar die Schulfachbezeichnung „Politik“ noch auf eine Eigenständigkeit hin, die curriculare Wirklichkeit des Schulunterrichts ist jedoch auch hier eine andere. So stellt schon jetzt an den Schulen in Bremen der Themenbereich „Wirtschaft“ mit den Untertiteln:

- Wirtschaftstheoretische Ansätze,
- Marktwirtschaft,
- Globalisierung,
- Staatliche Wirtschaftspolitik

ein Viertel der Lehrplaninhalte dar. Aktuell finden diese schulischen Anforderungen keine Berücksichtigung in der universitären Phase der Ausbildung von angehenden Lehrerinnen und Lehrern. Insbesondere die in der Weiterentwicklung des Studiengangs neu zu schaffenden Module fangen diese Defizite demnach auf.

Diese Änderungen werden zum WS 2023/24 auch für den M. Ed. „Politik“ wirksam.

Gutachterinnen und Gutachter

Name (Titel)	Universität/ Unternehmen
Friederike Bartels	Universität Kiel
Daniel Brockmann	Westfälische Wilhelms-Universität Münster
Dr. Heike Buhse	Senatorische Behörde für Kinder und Bildung Bremen
Prof. Dr. Ute Klammer	Universität Duisburg-Essen
Prof. Dr. Andreas Lutter	Universität Kiel
Dr. Daniel Mertens	Goethe-Universität Frankfurt a.M.
Prof. Dr. Dirk Nabers	Universität Kiel
Dr. Corinna Sührig	Kippenberg-Gymnasium Bremen
Jan Thorweger	Landesinstitut für Schule Bremen

Zusammenfassende Stellungnahme der Gutachtenden

Bachelor

Der Studiengang Bachelor Politikwissenschaft ist in Bezug auf Studierbarkeit und Lehrqualität sehr gut aufgestellt, der Lehramts-Bachelor auch im Hinblick auf Berufsorientierung. Die Kommission ist überzeugt von der guten Kooperation der Lehrenden und Lehrgebiete untereinander. Alle Bachelorprogramme werden von den Studierenden als sehr gut bis gut bewertet. Fachwissenschaftliche Module sind so strukturiert, dass sie auch in das Curriculum der Lehramtsstudierenden gut integriert sind. Auffällig am fachwissenschaftlichen Studienprogramm ist der überstarke Akzent auf quantitative Methoden und die modulare Verknüpfung von Methoden und Statistikausbildung. Zudem ist im Pflichtprogramm die Dominanz der Lehrform Vorlesung offenkundig, was in erster Linie durch die hohen Studierendenzahlen begründet erscheint.

Angesichts der Tatsache, dass im Leitbild der Universität Bremen die Vielfalt der Studierenden als Stärke der Institution genannt wird, erstaunt es die Kommission, dass die Universität Bremen insgesamt, also auch in den politikwissenschaftlichen Studiengängen, keine Möglichkeit zum Teilzeitstudium anbietet.

Empfehlungen

Es wird angeregt, dass die Universität Bremen die Debatte über ein Teilzeitstudium lösungsorientiert weiter verfolgt und angesichts der zunehmenden Heterogenität der Studierendenschaft Lösungen für Teilzeitstudierende entwickelt. Dabei ist im Interesse der Studierenden auch die offiziell kenntlich gemachte Möglichkeit des Studiums in Teilzeit wünschenswert. Im Sinne eines Studiums in unterschiedlichen Geschwindigkeiten sollten Studienverlaufspläne für Vollzeit- und Teilzeitvarianten entwickelt werden.

Den Bachelor-Programmen der Politikwissenschaft im Besonderen wird empfohlen, die Ausbildung der Pluralität sozialwissenschaftlicher Methoden anzupassen. Die regelhafte curriculare Verankerung qualitativer Methoden erscheint ebenso notwendig wie die Trennung der Statistikausbildung von der Methodenlehre.

Zudem empfiehlt die Kommission eine größere Vielfalt der Prüfungsformen und würde es begrüßen, wenn die Studierenden Wahloptionen bei hierfür geeigneten Modulprüfungen erhielten. Dabei empfiehlt sie,

die Wahl der Prüfungsleistungen innerhalb der entsprechenden Auswahlmöglichkeiten (für kleine, mittlere und umfängliche Prüfungsleistungen) bezüglich der Grundlagenvorlesungen den Studierenden zuzugestehen.

Master of Education

Der Masterstudiengang Politikwissenschaft Lehramt steht in Bremen vor der Herausforderung, in weiten Teilen für ein multiperspektivisches Schulfach qualifizieren zu müssen. Das bedeutet, dass die Studierenden nicht nur fachspezifisch für Politik (und die Felder Arbeit und Wirtschaft), sondern auch für die interdisziplinären Fächer Welt- und Umweltkunde (WUK) und Gesellschaft und Politik (GUP) ausgebildet werden müssen. Mit Blick auf den sozialwissenschaftlich bildenden Unterricht hat das Fach zum Wintersemester 2019/20 den Lehramtsstudiengang Politikwissenschaft überzeugend reformiert zu „Politik – Arbeit – Wirtschaft“ (PolArWi). Auch die curricularen Elemente für die interdisziplinären sozialwissenschaftlichen Lehrinhalte sind zielführend. Die Lehramtsvorbereitung für die Fächer WUK und GUP stellt die Didaktiken der Sozialwissenschaften nicht zuletzt angesichts knappster Ressourcen zugleich vor große Herausforderungen.

Empfehlungen

Die Fachverantwortlichen werden aufgefordert, Konzepte zur fachwissenschaftlichen Verankerung von Inklusion bzw. Diversität sowie zur Digitalisierung (besonders im Hinblick auf den anstehenden Digitalpakt) zu erarbeiten.

Es wird angeregt, dass die Debatte über ein Teilzeitstudium lösungsorientiert weiterverfolgt und angesichts der zunehmenden Heterogenität der Studierendenschaft – u.a. zugewanderte QuereinsteigerInnen im Lehramt - Lösungen für Teilzeitstudierende entwickelt werden. Dabei ist im Interesse der Studierenden auch die offiziell kenntlich gemachte Möglichkeit des Studiums in Teilzeit wünschenswert. Im Sinne eines Studiums in unterschiedlichen Geschwindigkeiten sollten Studienverlaufspläne für Vollzeit- und Teilzeitvarianten entwickelt werden.

Zudem empfiehlt die Kommission, die im Bachelor angelegte Fächervielfalt (in diesem Falle Geschichte und Geographie zusätzlich zum eigenen Fach) auch im Master of Education nicht nur zu ermöglichen, sondern auch zu forcieren.

Darüber hinaus sieht die Kommission die Einrichtung einer weiteren Didaktikprofessur im Fachbereich als äußerst notwendig an.

Stellungnahme des ZfLB

In den Studiengängen B.A. Politikwissenschaft (Lehramtsoption) und M.Ed. Politikwissenschaft werden universitätsexterne und -interne Vorgaben zur Einrichtung und Gestaltung von Lehramtsstudiengängen weitestgehend umgesetzt. Das ZfLB empfiehlt, die Ausbildung im Studienfach (Bachelor und Master) curricular derart aufzustellen, dass Studierende mit dem M.Ed. Abschluss sowohl fachdidaktische als auch fachwissenschaftliche Perspektiven beider für den fachintegrativen Schulunterricht besonders relevanten Nachbarfächer (Politik, Geschichte) erworben haben.

Zusammenfassende Stellungnahme zur Einhaltung der externen Vorgaben (Akkreditierungsrat, KMK) durch das Ref. 13:

Die grundlegenden Rahmenvorgaben von KMK und Akkreditierungsrat in Anlehnung an die European Standards and Guidelines wurden größtenteils eingehalten. Das Verfahren wurde entsprechend der Vor-

gaben der Universität Bremen zur Durchführung von Programmevaluationen durchgeführt. Es ist genügend Lehrkapazität vorhanden. Der Studiengang ist ausgelastet.

Die Senatorin für Kinder und Bildung schließt sich in ihrer Stellungnahme der Aufforderung der Gutachtenden an, dass die Fachverantwortlichen Konzepte zur fachwissenschaftlichen Verankerung von Inklusion bzw. Diversität sowie zur Digitalisierung (besonders im Hinblick auf den anstehenden Digitalpakt) zu erarbeiten. Zudem sollte die fachdidaktische und die fachwissenschaftliche Ausbildung in Bezug auf beide Nachbarfächer im Rahmen des fächerintegrierenden Unterrichts verstärkt und im Curriculum fester verankert werden.

Die SKB stimmt unter dem Vorbehalt der Einhaltung der „Ländergemeinsamen inhaltlichen Anforderungen für die Fachwissenschaften und Fachdidaktiken in der Lehrerbildung“ der KMK der Akkreditierung zu.